

»Land ist ein explosives Thema«

NGO Green Scenery recherchiert Fakten und Hintergründe der Landgeschäfte in Sierra Leone

Die Regierung von Sierra Leone wirbt multinationale Firmen an, die sich große Landflächen sichern, um vorrangig Zuckerrohr und Ölpalmen für Ethanol anzubauen. Die Nichtregierungsorganisation Green Scenery, Partnerin der AGEH, untersucht, was genau hinter den Land Deals steckt. Ihre ersten Recherchen geben Anlass zur Besorgnis.



Sierra Leone ist reich an begehrten Ressourcen wie Bauxit, Diamanten oder Gold, kürzlich entdeckte man auch Ölvorkommen. Zugleich leidet das westafrikanische Land an den Folgen eines Bürgerkrieges, dem mindestens 75.000 Menschen zum Opfer fielen. Es mangelt an Infrastruktur, Bildung, Nahrungssicherheit und medizinischer Versorgung. Rund 60 Prozent der Bevölkerung lebt auf dem Land und bestreitet seinen Lebensunterhalt aus dem Anbau von Grundnahrungsmitteln wie Reis oder Maniok. Kleinbauern und Landlose, vor allem Frauen, zählen zu den Ärmsten.

In den Strategien zur Armutsbekämpfung des Präsidenten Ernest Bai Koroma von der Partei All People's Congress (APC), spielt daher der Agrarbereich eine herausragende Rolle. Die Regierung unterstützt die Kleinbauern und setzt auch auf den weltweiten Trend bei Unternehmen, sich große Landflächen in Afrika zu sichern, um vorrangig Zuckerrohr und Ölpalmen für Ethanol anzubauen. Mit Standortvorteilen wie billigen Löhnen, niedriger Pacht, flexiblen Arbeitsgesetzen und Steuerbefreiungen wirbt der Staat multinationale Unternehmen an. Dieser Ansatz entwickelt eine Dynamik, bei der Parlament, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure weitgehend außen vor bleiben.

Green Scenery, eine nationale Nichtregierungsorganisation (NGO) und Partnerin der AGEH, für die ich als Friedensfachkraft arbeite, hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, sich diese „Land Deals“ genauer anzusehen. Verlässliche Fakten spielen eine Schlüsselrolle, um glaubwürdig im Konfliktfall zu intervenieren

↘ Zwischen 1,40 und 2 Euro pro Tag verdienen Landarbeiter auf den Plantagen.

↓ Keine Jobs, keine Benefits: Diese Männer sind enttäuscht von den Investoren und wollen ihr Land zurück.

und eine Lobby für benachteiligte Gruppen zu bilden. Daher sind Recherche und Dokumentation die Hauptsäulen des Projektes. Unsere ersten Recherchen geben Anlass zur Besorgnis.

Landgeschäfte unter Verschluss

Eine aktuelle Liste der Investoren oder der abgeschlossenen Geschäfte bekamen wir weder bei der zuständigen Agentur Sierra Leone Investment and Export Promotion Agency (SLIEPA) noch bei verantwortlichen Ministerien. Handbücher für Investoren, Profile der von der Agentur für tauglich befundenen Gebiete und weitere auf der SLIEPA-Webseite angekündigte Informationen waren ebenso wenig erhältlich. Doch Auswertungen von Zeitungsartikeln, Werbematerial, Internetseiten, viele Interviews und vor allem Feldbesuche gaben einen ersten Überblick über das Phänomen und die Sichtweisen der Betroffenen.

Nach derzeitigem Stand sind mindestens 350.000 Hektar fruchtbares Land vergeben. Nimmt man Hinweise auf angekündigte Geschäfte noch hinzu, könnte sich die Fläche leicht verdoppeln. Reis, Zuckerrohr und Ölpalmen, aber auch Maniok, Ananas und andere Früchte werden angebaut oder befinden sich im Versuch. Die Flächen sind zwischen 2.000 und 125.000 Hektar groß und für einen Staffelpreis von 2 bis 8 US-Dollar pro Hektar über 45 bis 50 Jahre gepachtet. Die Löhne der Landarbeiter bewegen sich zwischen 1,40 und 2 Euro pro Tag.

In den Dörfern, in denen bereits Geschäfte abgeschlossen wurden, sind Landbesitzer und Landnutzer meist schlecht darüber informiert. Verträge werden oft mündlich und nicht vollständig vorgetragen, bevor sie unterzeichnet werden. Über Größe, Vertragsdauer, Umsiedlung, Bezahlung und soziale Verantwortung des Unternehmens können die wenigsten Auskunft geben. Oft tritt der Investor mit einer lokalen Autorität auf, meist dem Paramount Chief, also einem traditionellen Führer oder Stammesfürsten, oder einem Parlamentarier. Kaum jemand will der „Entwicklung“ im Wege stehen, denn auf öffentlichen Versammlungen nähren Investoren die Hoffnung auf Geld und eine bessere Zukunft. Investoren sind daher willkommen.

Wo diese Erwartungen bereits enttäuscht wurden, ist die Lage angespannt. Unmut regt sich unter anderem,



wenn Entschädigungen zu lange auf sich warten lassen, Jobs nicht wie angekündigt zur Verfügung stehen, statt Ölpalmen plötzlich Früchte und Maniok getestet werden. Oder wenn Maschineneinsatz diskutiert wird, obwohl doch Arbeitsplätze entstehen sollten, der Investor auf Land anbaut, das den Bauern vorbehalten war oder keine Anzeichen erkennen lässt, die angekündigten Benefits einzuhalten. In solchen Fällen, so sind die Landbesitzer überzeugt, haben sie das Recht, ihr Land zurück zu fordern – mit Nachdruck!

Fragwürdige Datenlage

Eine Schlüsselrolle bei der Kampagne für Großinvestitionen ist die landläufige Meinung, dass Sierra Leone nur 12 bis 15 Prozent seiner 5,4 Millionen Hektar umfassenden fruchtbaren Fläche nutze. Der Rest stehe daher Investoren zur Verfügung – ohne die angestrebte Nahrungssicherheit zu gefährden. Die Zahl, die oft unreflektiert übernommen wird, scheint sich auf die permanent bewirtschafteten Flächen zu beziehen. Landwechselanbau ist in Sierra Leone jedoch vorherrschend und machte vor dem Krieg bei geringerer Bevölkerungszahl 60 Prozent aus. Aktuelle Daten zur Landnutzung stehen weder der Politik, noch internationalen Organisationen oder Investoren zur Verfügung. Ein Erbe aus der Kolonialzeit ist das duale System beim Landrecht. Privater Landbesitz ist nur in der Western Area möglich. Im Rest des Landes gelten Gewohnheitsrechte. Familien und Gemeinden besitzen Land, Chiefs fungieren als Verwalter. Frauen sind in den Provinzen mit wenigen Ausnahmen vom Landbesitz ausgeschlossen, genau wie „non natives“. Reformbedarf beim Landrecht streitet daher niemand ab. Doch scheint der Zeitdruck unter dem dieses konfliktträchtige Projekt steht – denn Land ist alles was die Leute haben – maßgeblich vom Interesse ausländischer Investoren getrieben zu sein, ihre Geschäfte besser abzusichern. Versuche, Aktivitäten von Investoren zu regulieren, machten sowohl SLIEPA als auch das Landwirtschaftsministerium (MAFFS), doch in der Praxis halten sich Unternehmen nicht unbedingt daran. Green Scenery will sich zukünftig auf dieses Projekt konzentrieren. Neben Recherche und Dokumentation, will die Organisation betroffene Communities beraten



Interviews und Recherchen vor Ort ermöglichten einen ersten Einblick in die Praxis der Land Deals.

Fotos: Joan Baxter

und unterstützen. Öffentlichkeitsarbeit und Politikempfehlungen sind weitere Bausteine. „Wir stehen noch ganz am Anfang und finanzieren unsere Aktivitäten aus wenigen eigenen Mittel“, berichtet Joseph Rahall, Gründer und Direktor von Green Scenery. „Doch wir sind entschlossen, eine Initiative auf den Weg zu bringen, die für mehr Transparenz und Diskussion sorgt. Land ist ein explosives Thema, denn es geht um die Lebensgrundlage der Menschen. Und so, wie die Geschäfte angebahnt werden, sind sie ein Rezept für zukünftige Konflikte.“

Elke Schäfter

Die Diplom-Politologin Elke Schäfter arbeitet seit April 2010 als Beraterin und Ausbilderin für Friedensarbeit bei der Organisation Green Scenery (www.greenscenery.org) in Freetown/Sierra Leone. Sie ist im AGEH-Personalprogramm Ziviler Friedensdienst tätig, das vom BMZ finanziert wird. Bei der Recherche kooperierte Schäfter mit dem Rechercheteam des US-amerikanischen Oakland-Instituts, Joan Baxter und Theophilus Gbenda.

✚ Die Versprechungen der Investoren sind groß. Doch mancher bleibt skeptisch, ob sie gehalten werden.

↓ Ölpalmensetzlinge dienen laut Unternehmen zur Palmölgewinnung.

